

Polizei besetzt Liebknecht-Haus!

(Fortsetzung von Seite 1)

Bei ihrem Vorgehen erbrach die Polizei einige geschlossene Durchgangstüren. Sämtlichen Redakteuren und Angestellten der „Roten Fahne“ wurde für einige Stunden die Weiterarbeit untersagt, und die Personalien aller Anwesenden festgestellt. Später wurde die Arbeit freigegeben, aber bis zur Stunde befinden sich in den Räumen der Redaktion Polizeiposten, während außer Redaktion und Druckerei das gesamte Karl-Liebknecht-Haus mit den Büroräumen des Zentralkomitees und der Bezirksleitung politisch geschlossen ist.

Der Polizeipräsident Grzesinski teilt mit, daß es noch nicht erfärblich sei, wann die Durchsuchung des Karl-Liebknecht-Hauses beendet sei. Die Besetzung des Partiehauses soll also bis auf weiteres andauern!

Wieder „Sprengkolonnen“

Zur Stunde, da die Besetzung des Karl-Liebknecht-Hauses erfolgte, konnte bereits die Hugenbergsche „Nachtausgabe“ eine große Sensationsmache über „Sprengstoff im Koffer“ und „kommunistische Sprengkolonnen“ in die Welt legen. In einer Laude in Berlin sollen zwei Koffer mit hochbrisanten Sprengstoffen und verschleiertem zugeschütteten Metall gefunden worden sein. Die Berliner „Nachtausgabe“, berüchtigt durch ihre gemeinsame Attentatshege gegen „kommunistische Terrorgruppen“ anlässlich des Tötungsattentates durch den wehrhaften Offizier Matouska, erzählt jetzt wieder den erschrockenen Reaktionären, daß die kommunistischen Terrororganisationen für die nächste Zeit gefährliche Absichten hatten. Man kennt diese Melodie aus den Tagen der leichten Besetzung des Karl-Liebknecht-Hauses.

In einer Erklärung des Polizeipräsidenten wird ebenfalls von einem Sprengstofffund bei einem „bekannten Berliner kommunistischen Funktionär“ berichtet. Der „Funktionär“ soll „insbesondere auch durch seine illegale Tätigkeit in den Jahren 1921 (!) bis 1923 (!) bekannt“ sein. In der Erklärung des Polizeipräsidiums nimmt das Ganze schon unbestimmtere Formen an und es wird ausgestanden, daß die Beweisputzen über eine Verbindung zum Karl-Liebknecht-Haus bei einer Durchsuchung erst noch gefunden werden müßten.

Das Karl-Liebknecht-Haus ist in ein Polizeilager verwandelt.

Die „reaktionären Ausnahmedestimmungen“ des Generals Groener werden gegen die Kommunistische Partei durchgeführt.

Der neue reaktionäre Angriff auf unsere Partei erfolgt einen Tag später, nachdem die von der KPD geführte rote Einheitsfront in Braunschweig als die führende Kraft des Massenstreiks und Massenaufmarschs gegen den Terror der Nazis und Banden aufgetreten ist. Unsere Partei sammelt von Woche zu Woche neue Tausende und über Tausende in der roten Einheitsfront. Sie zeigt dem Proletariat und dem ganzen notleidenden Volk, wie durch die geschlossene rote Einheit die faschistischen Terroristen und Harzburger Inflationsverbrecher hinweggefegt werden. Unsere Partei organisiert und führt als einzige Partei den Kampf gegen die Notverordnungsdiktatur Brünings und Groeners.

Je mehr der Kommunismus zum Führer nicht nur der Arbeiterklasse, sondern aller ausgebeuteten mittelschländischen und bürgerlichen Schichten wird, desto größer werden die Furcht, die Heute und die Verfolgungen.

Selbstverständlich hat unsere Partei nichts mit den Sprengstoffunden zu tun. Selbstverständlich existiert auch keine Spur, die ins Karl-Liebknecht-Haus führt. Man sucht erst eine solche Spur... Aber die Polizei der Preußenregierung schlägt für Tage das Haus des Zentralkomitees der KPD!

Gedroht aus dem Jahre 1921 und 1923 müssen alle revolutionären Kämpfer, daß in den besonderen, scharfen Kampfzeiten des Proletariats sich oft arbeiterfeindliche Provokateure an unsere Partei heranzumachen versuchen. Auch heute würden manche Provokateure gar zu gern das Verbot der Kommunistischen Partei verschärfen. Die Kommunistische Partei ist zielbewußt den Kurs ihrer bolschewistischen Massenpolitik und Massenarbeit eingeschlagen, hat sich die Erfahrungen der Zeiten des Sozialistengeschehens gegenüber jederlei Provokateuren zunehmend gemacht und durchkreuzt ihre Pläne.

Die Besetzung des Karl-Liebknecht-Hauses ist ein politischer Vorgang von größtem Ernst für die gesamte deutsche Arbeiterchaft. Sie ist eine weitere Steigerung der Verfolgungsmaßnahmen gegen die siegreich vormarschiende Front des Kommunismus. In der Einheitsfront der Reaktion spielt die Sozialdemokratie die Rolle, durch ihre Polizeipräsidiums den faschistischen Kurs durchzuführen.

Angriff auf die Kommunistische Partei heißt: die führende politische Kraft im Kampf gegen die Lohnräuber und gegen den Unterstüzungsbau und gegen die ganze Notverordnungsdiktatur anzutreten.

Angriff auf die Kommunistische Partei bedeutet, noch schlimmer den Hungerriemen um den Leib der Proleten und die Stride des Unterdrückung um ihre Gelenke zu pressen.

Darum rufen wir die gesamte deutsche Arbeiterchaft zum stärksten Kampf gegen das geplante Verbot der Kommunistischen Partei auf. Die Verteidigung der Kommunistischen Partei ist eine Lebensfrage für die Arbeiter und alle Werktätigen, weil sie ihre Partei, weil sie die Bürgerschaft ihres Sieges über die Ausbeuter und die faschistischen Unterdrücker ist.

Millionen um die Kommunistische Partei geschart, Massenprotest des ganzen werktätigen Deutschlands — dann werden alle reaktionären Anschläge gegen die Kommunistische Partei scheitern!

Grzesinski gegen Frauenkongress

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Grzesinski hat die Tagung des norddeutschen Männerkongresses der werktätigen Frauen am Sonnabend verboten, weil dieser Kongress durch seine Veröffentlichung im Verfassungsteil der „Roten Fahne“ angeblich eine „öffentliche Versammlung“ geworden sei. Der Polizeipräsident hat die Tagung des Kongresses gestern erst ab 11 Uhr, nach Schluß der Kirchzeit, gestattet, obwohl nur gegen Delegiertenausweis Zutritt ist.

Die werktätigen Frauendelegierten, darunter zahlreiche Sozialdemokratinnen, werden dieses Verbot durch ein noch höheres Kampfselbstverständnis zur roten Einheitsfront beantworten.

Schulstreik im Ruhrgebiet

Wie uns aus Düsseldorf berichtet wird, sind dort an einer Schule jetzt 400 Arbeiterkinder gegen die ungeheuren Sparmaßnahmen in den Schulstreik getreten. Die Schulstreikbewegung nimmt eine immer größere Ausdehnung an. Aus den verschiedenen Teilen des Reiches wird berichtet, daß Eltern und Arbeiterkinder den Abwuchskampf gegen Schulabbau und Ausschaltung der Arbeiterkinder organisieren.

Kongress werktätiger Frauen in Berlin

1100 Delegierte aus Norddeutschland / 112 Aufnahmen in die KPD

Berlin, 26. Oktober (Eig. Meldung)

Am 25. Oktober tagte in Berlin der „norddeutsche Einheitskongress werktätiger Frauen“. 1100 Delegierte aus allen Teilen Norddeutschlands und eine große Anzahl Gäste waren erschienen.

502 Betriebsarbeiterinnen, davon 72 aus Großbetrieben, 186 erwerbstätige Frauen, 78 Angestellte, zahlreiche Handarbeiterinnen, Hausangestellte, Beamten, Rentnerinnen, Kleingewerbetreibende, Frauen freier Berufe, Studentinnen und Schülerinnen, sie alle zeigten ihren Willen, gemeinsam die rote Einheitsfront zu schaffen. Hunderte von sozialdemokratischen Frauen, Delegierten der SEDGWIK-Partei, zahlreiche christliche und jüdische Arbeiterinnen, alle waren sie sich über ihren Willen zum gemeinsamen Kampf einig.

Das Hauptreferat hielt Genossin Irene Overlach. In Hand zahlreicher Beispiele zeigte sie, daß die Frauen mit den Männern gemeinsam den Kampf führen müssen.

Nach ihr sprach die Frau des von Nazi in Braunschweig erschossenen Arbeiters Engelke. Sie schloß mit einem Appell

an alle Arbeiterinnen, gemeinsam die Front gegen den Faschismus zu errichten.

In der Diskussion sprachen Betriebsarbeiterinnen, Betriebsarbeiter, parteilose und christliche Frauen. Insgesamt eine Abgehandlung der „Sozialistischen Arbeiterpartei“. Ihre Führungen waren genau so unklar, wie des Programms von Senden-Hofschmidt, und sie ließ deshalb auf ledernen Wegen der Unwissenheit. Alle anderen Delegierteninnen redeten einstimmig für die rote Einheitsfront aus.

Es wurden Begrüßungstelegramme entlaufen an anfangs Genossin Clara Zetkin, die revolutionären Männer, die blieben in Braunschweig ermordeten Arbeitern. Eine Sammlung durchgeführt, die das Ergebnis von 1270 West zahlreiche sozialdemokratische Frauen. Mit dem Wort „Internationale“ wurde die gewaltige Rundgebung geschlossen.

Rote Matrosen kämpfen weiter!

Protestaktionen gegen Sondergerichtsurteil

Die bürgerliche Presse berichtet von neuen „Neuerungen“ auf deutschen Schiffen, die von Leningrad zurückkehren. Es handelt sich um eine Protestaktion gegen die bereits erfolgte Urteilsurteilung. Die Belästigung der „Hohenzollern“ zwang den Kapitän den Kurs auf Kopenhagen zu nehmen, wo die streikenden Matrosen an Land gingen.

„Von 22 fahrenden Schiffen ist nur eins eingelaufen. Die „Westfalia“ soll monovierfähig auf der Ostsee liegen. Die Mannschaft hat dem Kapitän gedroht, Sond in die Maschine zu steuern, wenn er seinen anderen Kurs einschlägt.“ (Berliner Montagsblatt).

Die Kriminalpolizei bestätigt diese Meldungen.

Gesängnisurteile am laufenden Band

Kiel, 26. Oktober

Die Verhandlungen vor dem holsteinischen Sondergericht gegen die aus Leningrad heimkehrenden Seeleute gehen ununterbrochen weiter. Tag und Nacht. Es wurden folgende Urteile gefällt:

Gegen 7 Matrosen des Schiffes „Jaomin XI“ je ein Monat Gesängnis, gegen 3 Männer von der „Billau“ je zwei Monate Ge-

sängnis, gegen 1 Mann ein Monat Gefängnis. 5 Männer wurden freigesprochen. 1 Matrose des Schiffes „Breitenburg“ erhielt die Monate und 7 Seeleute von der „Hohenzollern“ belasten je 10 Wochen Gefängnis. Von dem Dampfer „Günther Kub“ wurde 8 Matrosen zu je zwei Monaten Gefängnis verurteilt, ein Matroso wurde freigesprochen.

Drei Angeklagte vom Schiff „Robert Röppen“ wurden freigesprochen. Ihr Verteidiger war der von der „Kampf“ genossen Hille gestellte Verteidiger Rechtsanwalt Genossen Udo von Watzlawick.

Zur Bewahrung der Angeklagten sind während der Verhandlung 6 Polizeibeamte anwesend. Im Zuschauerraum befinden sich 8 Kriminalbeamte und 13 Bürger. Abgesehen unter den Zuschauern 8 Soldaten der Reichsmarine befinden sich unter ihnen Angehörige der Verhandlung beinhalteten.

Hamburg, 26. Oktober (Eig. Bericht). Zum Protest gegen Einführung des Sondergerichts und seine Urteile gegen die betroffenen Seeleute fand hier gestern eine wichtige Massenversammlung statt, die von 8000 Personen besucht wird. Eine Telefonsammlung für die Angeklagten ergab eine Summe von 115 Matrosen.

Sowjetwährung, die festeste der Welt

Der Rückzug der „Germania“ gegen die Sowjetunion

Die „Germania“ lebt ihren Rückzug gegen die Sowjetunion mit gesteigertem Hohn und immer neuen und gelungeneren „Varianten“ fort. Nach einer offenbar aus Warschau weiträumigen Quellen übernommenen Meldung soll die Handelsverteilung der Sowjetunion in Warschau angeblich aufgelöst werden, weil sie gewaltige Wechselverluste erlitten habe. Auf einer anderen Seite in derselben Nummer der „Germania“ wird erzählt, daß sogar die Komintern unter der Weltwirtschaftskrise leide und alle revolutionären Illusionen in Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei abblassen müsse, um den geistigen Außenhandel der Sowjetunion nicht vollständig zu vernichten.

Es verlohnt sich nicht, auf alle Einzelheiten dieser altherannten Räuberromanik einzugehen. Diese Töne haben wir schon zu lange gehört, als daß sie noch irgendwelche Beachtung weden könnten.

Wir stellen nur fest: die „Germania“, das halbamtliche Organ der Brünningregierung, ist alle Hebel der kapitalistischen Lügen- und Verleumdungsmaschinerie gegen die Sowjetunion in Bewegung in einem Augenblick, wo das kapitalistische System in der ganzen Welt am Rande des Abgrundtaumelt.

Die Sowjetunion ist das einzige Land, wo unter Herrschaft der Arbeiterklasse die Krise mit all ihren ungemeinen Erscheinungsformen und Auswirkungen mit der Welt ausgetragen ist.

Die deutsche Bourgeoisie hofft auf französische Wiederanleihen. Sie ist zu jeder Kapitulation bereit. Sie ist bei den wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion, die in der gegenwärtigen Krise aufzuhören von Arbeitern Arbeit und Brod verschaffen, auf dem Altar der „Rettung des Kapitalismus“ zu opfern.

Der Rückzug der „Germania“ zeigt unzweckmäßig, daß hin die Rolle in der deutschen Außen- und Wirtschaftspolitik zu übertragen sind die Hoffnungen der „Germania“, die Wirtschafts- und Wirtschaftspolitik der Sowjetunion durch gemeinschaftliche zu beeinflussen, völlig gegenstandslos. Sie ist aus Verzweiflung und Ohnmacht geboren. Während in der ganzen Welt die kapitalistische Finanzwirtschaft zusammenbricht, sind allein die Sowjetfinanzen völlig stabilisiert.

Die Sowjetwährung ist die lebenswährende Währung der Welt. Sowjetwährung sind heute dem Kapitalismus tausendmal mehr wert als alle Wechsel aus der zerstörten kapitalistischen Wirtschaft. Die „Germania“ möchte die Tatsache auslösen. Vergleichbare Hoffnung!

Nazi-Strafer für Inflation

Enteignung der Sparten, Nichtenteignung der Kapitalisten

Berlin, 26. Oktober

Am Freitagabend sprach der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Gregor Strasser, der besondere Beratermann Hitlers im Sportpalast. Wie der „Angriff“ berichtet, entwickelte Strasser das „Regierungsprogramm“ einer fünfjährigen nationalsozialistischen Regierung. Das Bemerkenswerte ist dabei, daß einige Punkte dieses Regierungsprogramms bereits das Licht der Öffentlichkeit scheinen, noch bevor Hitler oder Strasser die Gelegenheit zu ihrer Verwirklichung gegeben ist, denn der „Angriff“ unterschlägt zwei der wichtigsten Punkte, nämlich Strassers offenes Bekenntnis gegen die Enteignung der kapitalistischen Bankrotteure und für die Inflation, also für die Enteignung der Sparten, Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern.

Der Hugenbergsche „Volksanzeiger“, dem der „Angriff“ nicht vorworfert, daß er bewußt nationalsozialistische Reden fälscht, meldet darüber:

„Der Abgeordnete Strasser erklärte, daß der nationalsozialistische Staat nicht enteignen werde. Die Wirtschaft werde vom nationalsozialistischen Staat mit allen Mitteln geschützt werden.“

Was aber weder der „Angriff“ noch andere Blätter der sogenannten „nationalen Opposition“ melden, das war Strassers Forderung auf sofortige Befestigung der Goldwährung. Wörtlich erklärte er:

„Der einzige Ausweg aus der Wirtschaftskatastrophe sei die Abkehr vom jüdischen Gold und die Einführung einer Binnenwährung und einer Binnenmarkt.“

Die Inflationsmacher treiben also ihr Spiel weiter. Hätte ein Kommunist ähnliche Ausführungen gemacht, die Verharmung wäre politisch geschlossen worden.

Die Fortsetzung der Inflationsverschwörung nach Verhaftung der kommunistischen Reichstagsfraktion noch durch die Abrechnung mit Hilfe der SPD nicht im geringsten erleidigt. Ins Jüchthaus mit diesen vorzüglichsten Völkerfeinden!

Nazi-Provokationen abgewehrt

Berlin, 26. Oktober (Eig. Meldung)

Heute kam es in der Danziger Straße in Berlin zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Die Nazis, die aufreizende Flugblätter verteilt, provozierten die Arbeiter. Die Arbeiter legten sich zur Wehr. Drei Nazis wurden in das Krankenhaus eingeliefert. Bei einem Nazi wurde ein Revolver gefunden, aus dem geschossen worden ist.

Karl-Liebknecht-Haus noch besetzt

Das Karl-Liebknecht-Haus, das am Sonnabend nachmittag von der Polizei besetzt und durchsucht wurde, ist bis zur Stunde noch nicht freigegeben. Im Verlaufe des Sonntags wurden die Räume weiter durchsucht. Selbstverständlich ist nichts gefunden. Am Montag sollen die Durchsuchungen fortgesetzt werden. Bei der vorliegenden Ergebnislosigkeit der Aktion ist damit zu rechnen, daß das Haus in den nächsten Tagen wieder freigegeben wird.

Nazis feiern die Beherrschung Südtirols

Berlin, 26. Oktober

Der Besuch des Außenministers Mussolini hat die deutschen Faschisten aller Couleuren in einen Begeisterungsrausch versetzt. Bei dem Empfang auf dem Bahnhof standen Faschisten unter Polizeischutz Spalier. Beim opulenten Festessen feierten Brüder die Freundschaft mit Mussolini, der es allerdings vorsichtig zu lassen. Besonders beglückt ist natürlich die Hitlerjugend. Der „Angriff“ wagt es, speichelnd den Außenminister Mussolini als „unerschrockenen Kämpfer für ein Erstarken aller wertvollen nationalen Kräfte in Europa“ zu preisen, kann es eine bewußte Verhöhnung der deutschen Südtiroler geben, als das Regierung lobt auf die Diktatur über Südtirol? Und die bewußten Südtiroler wagen es, sich als „Mitspieler für das Erstarken aller wertvollen nationalen Kräfte“ aufzutun?